

Der ‚Kantönli-Geist‘ ist längst nicht besiegt

Ernüchternde Bilanz nach einem Jahr Föderalismusreform — Konvent mahnt zu Sorgfalt

VON HARALD BAUMER

Vor einem Jahr trat die Föderalismusreform in Kraft, die von ihren Erfindern Edmund Stoiber und Franz Müntefering als Mutter aller Reformen gefeiert wurde. Die Bilanz nach zwölf Monaten fällt ernüchternd aus: Einige Verbesserungen, aber viele Ungereimtheiten.

BERLIN – Die Schweizer haben eindeutig das schönste Wort für ein politisches Problem gefunden, das auch die Deutschen seit geraumer Zeit umtreibt. Sie sprechen vom „Kantönli-Geist“, wenn es in ihrem föderalen System von über 20 Kantonen wieder einmal knirscht. Wenn also einer mehr Geld will, wenn sich andere als Zukurzgekommene betrachten und laut aufschreien. Ähnlich wie ihre deutschen Nachbarn veranstalten die Schweizer eine Konferenz nach der anderen, um Ideen gegen die nachteiligen Folgen der Kleinstaaterei zu entwickeln.

Eigentlich müsste die Bundesrepublik schon deutlich weiter sein als die Schweiz, denn in Berlin wurde vor einem Jahr die Stufe eins der Föderalismusreform beschlossen, und bis Dezember soll Stufe zwei folgen. Ist der „Kantönli-Geist“ also bald ver scheucht zwischen Bremen und Bayern, Sachsen und dem Saarland? Ganz so eindeutig fällt die Stellungnahme der Experten nicht aus.

Nicht wettbewerbsfähig

Sie begrüßen es zwar, dass die Mitspracherechte der Länder bei der Bundesgesetzgebung beschränkt wurden und dass im Gegenzug die Herren Ministerpräsidenten nun in vielen Bereichen alleine schalten und walten dürfen. Auch die Möglichkeit, Landesbeamte nach Leistungsfähigkeit des Landes zu bezahlen, wird positiv bewertet (außer von den Beamten). Aber wirklich wettbewerbsfähig machen die bisherigen 21 Verfassungsänderungen die Bundesrepublik Deutschland nicht.

Im Gegenteil, manche fürchten sogar Rückschritte. Thüringens SPD-Chef Christoph Matschie zum Beispiel. Sein Urteil ist eindeutig: „Die



Mahnt die zweite Stufe der Reform an: Ex-Präsident Roman Herzog. Foto: dpa

Nachteile treten inzwischen deutlich zutage.“ Weil die Länder in Bildungs- und Umweltpolitik mehr Freiheiten hätten, drifteten nun die Lebensverhältnisse deutlich auseinander. Familien mit Kindern könnten innerhalb Deutschlands noch schwieriger umziehen als vorher, denn Schultypen und Lehrpläne seien oft kaum in Einklang zu bringen.

Nicht nur Sozialdemokrat Matschie reibt sich verwundert die Augen angesichts neuester Forderungen nach einem bundesweiten Zentralabitur. Das passe doch nicht zusammen: Einerseits habe man den Ländern die Bildung vor einem Jahr fast komplett überlassen, andererseits soll nun wieder ein ganz wichtiger Punkt zentral geregelt werden. „Einigermaßen absurd“ nennt der Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin diesen Widerspruch.

Ein weiteres, verwirrendes Beispiel sind die Krippenplätze für unter dreijährige Kinder – im Prinzip eine „Privatangelegenheit“ der 16 Länder. Die Bundesregierung wollte aber die Zahl

dieser Plätze bis 2013 deutlich ausweiten und lockte die teils uninteressierten, teils verarmten Ministerpräsidenten mit insgesamt vier Milliarden Euro an Zuschüssen für Aufbau und Betrieb der Krippen. Das Geld wird aus dem laufenden Umsatzsteuereinkommen des Bundes genommen. Der CDU-Politiker Scholz, einer der besten Verfassungskenner, hält diese Mischfinanzierung für „hochproblematisch“.

Nummer drei der abschreckenden Beispiele ist das Rauchverbot in Gaststätten. Da hatte zunächst die Bundesregierung in Unkenntnis der Föderalismusreform Beschlüsse gefasst, dann aber erkannt, dass sie gar nicht mehr zuständig ist. Nun bastelten die Länder an eigenen Lösungen, die einander zwar ähneln, aber doch dazu führen, dass hier im Bierzelt, dort in Raucherzimmern und wieder woanders gar nicht gequalmt werden darf.

Angesichts der Fehler und Peinlichkeiten mahnen 14 prominente Politik-Ruheständler der Republik, die sich im „Konvent für Deutschland“ zusammengeschlossen haben, bei der Stufe zwei der Föderalismusreform zu mehr Sorgfalt. Hier geht es um die Erneuerung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Sie gilt als weit schwieriger als die bisherigen Beschlüsse, weil die Ministerpräsidenten naturgemäß keinen Cent ihrer bisherigen Förder- und Ausgleichsgelder verlieren wollen.

Einmalige Chance

Den meisten Beobachtern schwant schon, wie es ausgehen wird: Die Unterhändler könnten sich lediglich auf eine kaum umstrittene Verschuldungshöchstgrenze für die Länder einigen und den Rest liegen lassen. Sehr bedauerlich, wenn es so kommt, meint Altbundespräsident Roman Herzog: Denn gerade die Große Koalition habe mit ihren Mehrheiten eine „fast einmalige Chance“ zu wirklichen Veränderungen. Wer sonst, wenn nicht die beiden Volksparteien, solle denn die Reformen durchsetzen? Eine Antwort darauf musste Herzog nicht geben.